

# Saale-Zeitung.

Anzeigen werden die Spaltenbreite oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unserer Anzeigenabteilung und dem Anzeigen-Expeditoren angenommen. Bestanden die Zeile 75 Pfg. Erscheint wöchentlich dreimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. (Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Bezugspreis Die Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimonatlicher Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., auswärts Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Zum amtlichen Zeitungs-Bezugsbuch unter Nr. 5553 eingetragen. Bei der Redaktion verantwortlich: Max Scharre in Halle. Erscheint von 10/1, bis 12/1. (Hauptredaktion: Halle Nr. 232. -- Expedition Nr. 178.)

Nr. 498.

Halle a. d. Saale, Donnerstag, den 23. Oktober

1902.

## „Bloß Lehrer.“

Vor der Strafkammer in Moabit spielt sich seit einigen Tagen ein Prozeß ab, der ein höchst beachtenswertes Bild auf die Auffassung zeigt, die im Staate Preußen, und besonders in dessen östlichen Provinzen, amtliche Personen von der Volksschule und denen, die sich ihr widmen, mit sich herumtragen. Der Prozeß richtet sich gegen einen Arzt und einen Lehrer aus Tralehen, die der Verleumdung des Leiters des königlich preussischen Landgerichtsrats Tralehen, Landstammmeister von Dettingen, angeklagt sind, sich nach dem ersten Verhandlungstage aber bei sich die Situation derart verschoben, daß der Landstammmeister als Angeklagter droht, die Kammer jedoch, denen das hochnotwendigste umfangreiche Gerichtsverfahren gilt, es als Verdienst betrachten können, die Anklagebank von Moabit gerückt zu haben. Wenn gleich über die Lehrer- und Schulverhältnisse in den östlichen preussischen Provinzen und zwar dort, wo die Junter das Regiment führen, schon manches mitgeteilt werden mußte, was die bekannte Miquel'sche Behauptung, die Kulturaufgaben litten in Preußen nicht, ganz gehörig ad absurdum zu führen geeignet war, so überraschen die Feststellungen, die in dem hier in Rede stehenden Prozeß gemacht wurden, doch alles, was man bisher für möglich hielt — und das war schon ziemlich viel. Ein scharf baart's a u e n d ist es, wie sich der Leiter des Landgerichtsrats, ein Mann also, der in der Beamtenhierarchie immerhin eine sehr angehobene und auch einflußreiche Stellung einnimmt, der Schule und ihren Lehrern gegenüber verhalten hat. Von Handen, das ist zugunsten der Schule, die Verleumdung und ihre Stelle höher als die Schule und deren Lehrer, für die Schule wird nichts getan, für die Schule alles; vor den Schulbänken haben die Herrschaften, das was die Summe seiner Empfindungen, wenn ihm die Lehrer von Tralehen ihre Wünsche und Beschwerden vorzutragen. Und nun sehe man sich einmal die Schulräume und Lehrerwohnungen an, wie sie sich auf dieser großen staatlichen Bestimmung, mit ihren zwölf Vorwerken präsentierten. Ihr Zustand war zum Teil derart, daß sie noch nicht einmal Schutz gegen die Unbilden der Witterung boten, der Schnee drang in die Schulstufen, der liegen in die Lehrerwohnungen, ja selbst Bänke waren nicht genügend vorhanden, so daß die Kinder, vor den zugigen Fenstern stehend, auf den Fensterränken ihre Arbeiten erledigen mußten. Während die Lehrerwohnungen derart verfallend waren, daß durch den einströmenden Regen dem Lehrer die Kleider im Grunde verdarben, baute man einen Pferdestall mit einem Koffein-aufnahme von 120,000 Mark und die Pferdeställe füllten sich hoch erhaben über die Ziegenböden, denn es waren ja doch, wie sich Landstammmeister v. Dettingen ausbrüchen beliebt, „bloß Lehrer.“

Dieser geringfügige Ausdrucksweise entsprach denn auch die jeder Beschränkung spottende Behandlung, die in Tralehen den Lehrern zu teil wurde. Obgleich die Lehrern der weiten Entfernungen halber, die bei denselben Wegen oder zur Stadt zurückzulegen waren, Anrecht auf die Bestellung eines Fuhrwerks durch das Gestüt hatten, wurde ihnen solches häufig verweigert, und was das nicht der Fall, dann erhielten sie Transportmittel gestellt, die sonst nur zur Beförderung von Vieh oder Dünger, wenn es gut ging von Heu und Stroh, dienen, jedenfalls zu allem anderen eher als zum Transport von Menschen geeignet waren. Landstammmeister v. Dettingen selbst mußte vor Gericht zugeben, daß die Lehrer des Ortes, die zur Aubienz zum Landwirtschaftsamtminister befohlen waren, in Frau und Cylinder einen Leiterwagen zu benutzen genötigt waren, der für gewöhnlich dem Transport von Schweinen diente, in einem anderen Falle aber mußte er die Benutzung eines Sattlens zu, der sonst zum Waffahren benutzt wurde. Aber mit solchen und ähnlichen Fällen war die herabwürdigende Behandlung der Lehrer noch keineswegs erschöpft. Wollte ein Lehrer den Landstammmeister sprechen, sei es um Urlaub nachzusuchen oder irgendwelche Beschwerden oder Wünsche vorzubringen, dann mußte er sich beim Stallungen anmelden, das Holzbesuch wurde beschränkt und die Ausstellung einer wahrheitswürdigen Bescheinigung gefordert, um ein Fuhrwerk gestellt zu erhalten, selbst die lebenden Frauen und Kinder der Lehrer wurden genötigt, Stundenweise Preise zu Fuß zurückzulegen, obgleich auf Tralehen und seinen Vorwerken Wegen und Pferde in Fülle vorhanden sind. Was Wunder, wenn unter solchen Verhältnissen die Arbeit der Schule in Tralehen allgemein außerordentlich niedrig eingeschätzt wurde, wenn schließlich auf das Personal des Gestüts vom Verbrechen aufwärts die Lehrer als eine Klasse von Menschen anfab, die als gebildete Leute zu behandeln sich erübrigte und wenn demgemäß auch die Autorität der Lehrer ihren Folgen gegenüber ins Wanken geriet und die Arbeit der Schule überhaupt in einer Art gerettet und gewahrt wurde, die man wohl in russischen Pölen für möglich halten könnte, nicht aber in einem Staate, der sich rühmt, an der Spitze der Kultur zu marschieren.

Man fragt sich erstarrt, wo denn die Aufsichtsbehörde war, daß solche Zustände jahrelang fortbestehen konnten, daß die nach ihrer eigenen eidlichen Aussage bis an den Rand der Verzweiflung gedrückten Lehrer erst auf die Anklagebank mußten, ehe, daß jetzt förmlich erwartet werden darf, die Behörden den geradezu grauenhaften Zuständen ein Ende machen. Wenn man festhält erwägt, daß die Tralehen Lehrer dem Landwirtschaftsministerium unter-

stellt sind und daß der Chef dieses Ministeriums war, der im Landtage einst die — für einen preussischen Minister bis dahin unerhörte — Ansicht kundgab, den Kindern auf dem Lande werde zu viel gelehrt, verringert sich dieses Gerüchten in etwas, immerhin aber bleibt noch genug Veranlassung bestehen, die Angelegenheit bei nächster Gelegenheit in aller Ausführlichkeit im Landtage zur Sprache zu bringen. Männer, die sich der Schule gegenüber auf einen derartigen Standpunkt stellen wie der Landstammmeister von Tralehen, haben das Recht verlor, fernerhin in Schul- und Lehrerangelegenheiten auch nur einen Ton noch mitzureden, ja, unerschrocken sollte die Behandlung, die Herr v. Dettingen den Lehrern in Tralehen hat zu teil werden lassen, vollst genügen, ihm Gelegenheit zu geben, auf einem Posten mit weniger Machtbefugnis darüber nachzudenken, daß es der preussische Volksschullehrer ist, der das Fundament legt zu all den Kräften, die den Staat zusammenhalten und zu dem Ansehen und der Achtung, die alles Deutschthum in der Welt beansprucht und mit Recht beanspruchen darf. Ist es nicht wie eine blutige Ironie, wenn man auf der einen Seite durch eine Vernehmung und Vertiefung der Volksbildung den Boden zu stärken, auf der anderen aber Zustände, die zum Himmel schreien und ein Schluß auf alle Bildungsbestrebungen, auf unser ganzes Schulwesen sind, jahrelang ungesühnt fortbestehen können? Wo war denn die Regierung, wo der Kreislichinspektor als Vertreter der Staatsgewalt, wo der Volksschulinspektor, daß sie von solchen Zuständen nichts merkten? Man wird darauf bestehen müssen, diese Fragen klar und unzweideutig beantwortet zu erhalten. Wenn es noch eines weisses Beweist bedarf hätte, wie wenig die Schulaufsicht im Nebenamt trage, die Interessen der Schule und ihrer Lehrer zu wahren, dann haben ihn die Vorgänge in Tralehen erbracht und die dortigen Schulinspektoren haben aus dieser Erkenntnis heraus auch bereits ihre Resignation niedergelegt. An der Regierung wird es sein, Maßregeln zu treffen, die solche Zustände für alle Zeit unmöglich machen; der Lehrerstand steht zwar hinsichtlich seiner kulturellen Bedeutung und Wirksamkeit viel zu erhaben da, als daß die Arroganz des Junkertums ihn irgendwie in seinem Ansehen beim Volke schädigen könnte, aber es muß dafür gesorgt werden, daß die Entstellungen von Moabit nicht ohne Anwendung bleiben. Zum preussischen Landtag aber wird der geeignete Ort sein, dem Herrn v. Dettingen und seinesgleichen einmal mit aller Gründlichkeit zu Gemüte zu führen, daß es doch ein erhebliches Unrecht ist zu glauben, was Preußen dem Volksschullehrer und was es dem Junter zu verdanken hat, daß man in Preußen die unendlich weit höher steht, die „bloß Lehrer“ sind, die welche sich erheben, auf sie herabzublicken, obgleich jenseit ihr ganzes Verdienst darin besteht, als Junter geboren zu sein. Sch.

## Deutsches Reich.

### Geld- und Verordnungsveränderungen.

\* König Georg von Sachsen tritt nach einer Wiener Meldung Anfang November in der österrösischen Kaiserstadt ein, um dem Kaiser Franz Josef seinen ersten Besuch zu machen.

\* Nach einer Meldung der „Stille“ soll der deutsche Kaiser, falls es seine Zeit erlaubt, zum 25jährigen Regenerationsjubiläum des Papstes Leo XIII. am 2. März 1903 in Rom eintreffen. Lei der Fahrt vom Duichmal zum Vatikan würde er sich von fünf preussischen Gardehuzaren (P. eskortieren lassen, die zu diesem Zwecke an der sächsischen Grenze abzuholen werden. — Die Verleumdung der Nachricht bleibt abzuwarten.

### Der Standpunkt der Linken den weiteren Zolltarif-Verhandlungen gegenüber.

Wie aus unserem parlamentarischen Mitarbeiter wie folgt klang:

„Von ihrem Parteistandpunkt aus braucht die Fortsetzung des Zolltarifs nicht zu fürchten. Die Sorge für das Ansehen des Bundesrats überläßt sie diesem selbst. Ihr liegt am Volke und seiner Auffassung über die Schäden, welche die Zollhöhungen nach sich ziehen. Sie wird Punkt für Punkt der Vorlage erörtern und unbedrossen an jeder Position den Nachweis liefern, inwiefern sie den Interessen der Unternehmer, der Arbeiter, der Verbraucher schwerstläßt und den Wohlstand von Völkern erschwert. Ihre besondere Aufmerksamkeit wendet sie dabei denjenigen Warengruppen zu, für welche Tarife bestehen, die durch die Höhe entweder erst ermöglicht oder doch begünstigt werden. Die Höhe, die sie damit auf sich nimmt, ist groß; aber der Kompromiß ist lohnend. Es gilt, den Erwerbungsdruck des Großhandelsverkehrs und des Centralverbandes deutscher Industrieller zu verstehen und die Reaktion auf diejenige Bahn zu drängen, welche Graf B. Iow selbst für den Fall des Scheiterns der Tarifvorlage als den einzigen Ausweg bezeichnet hat, zur Einleitung neuer Verhandlungen auf Grund des getrennten autonomen Tarifs oder, was noch drainer und dem Ausland gegenüber leichter durchzuführen wäre, zur einfachen Verlängerung der bestehenden Verträge um fünf bis sechs Jahre.

Das bisher von der Linken beobachtete Verfahren wird kein vernünftiger Mensch als Obstruktion bezeichnen. Es sind von Seiten der preussischen Vereinigung zu dem Nögen- und Welsenzoll drei ebenfalls sachliche wie einbringliche Beden gehalten worden, und zwar von den Abgeordneten Gotthelb, Dr. Bachlute und Dr. Warth, von der Freiwilgen- und Sozialdemokratischen Partei je eine Rede. Klammertische Bestimmungen

haben zu den beiden ersten und wichtigsten Positionen nur drei stattgefunden, welche durchaus wichtig waren, um die Geringfügigkeit der Gefolgschaft des Herrn von Wangenheim aller Welt vor Augen zu führen und den Mitgliedern der Mehrheit Gelegenheit zu geben, mit ihrem Namen für die von ihnen verfolgten Forderungen einzutreten. Mehr ist nicht geschehen, und mehr wird so lange nicht geschehen, als die Majorität nicht W. erzwungen hat und der Versuch unternimmt, es wäre umsonst von der Linken, gleich anfangs für schweres Geschäft aufzugeben, und sich damit vor der Öffentlichkeit ins Unrecht zu setzen. Ebenso unklar wäre allerdings auch eine Schwäche gegenüber etwaigen auf Beförderung der Rede-freilich abzielenden Vorstößen des Centralrats und der Konserwativen. Das Schlußwort namentliche Abstimmungen gegenübergestellt werden, würde selbstig ein Akt der Ungehörlichkeit sein. Ebenso wie sich die Gerichte, als beachtliche die Linie bei Paragraph 1 des Tarifgesetzes sofort 14 namentliche Abstimmungen zu beantragen, als übertrieben erweisen haben, so werden sich auch die aus-schließenden Vorstellungen, welche man über den weiteren Verlauf der Dinge hat, nicht bevorzugen. Es liegt Plan in der Vertretung dererlei Mächten; man will das Wort geben der Linken damit von vornherein diskreditieren. Tatsächlich wird von uns nicht weiter verlangt als die un-befristete Gelegenheit zu einer förmlicher Prüfung. Möge man sich nicht über die Hebrführung, wie sie in der Kommission die Regel bildet.“

Ob wirklich die Mehrheit die Bestimmungsvorlage aufstellt, ob sie auf die Dauer präsent und altionsfähig bleibt, erscheint schon nach den in den ersten Tagen gemachten Erfahrungen fraglich. Die Unbestimmtheit ist bei vielen Abgeordneten so groß, daß sie jeden Tag, an welchem keine wichtigen Abstimmungen zu erwarten sind, benutzen, um die Zeit überhastig zu verbringen, oder außerhalb des Reichstagsgebäudes auszubringen. Die Annahme, daß dieses futurale Element der deutschen Volksvertretung sechs Wochen lang festhalten soll, begegnet überall dem ernstlichen Zweifel. Selbst wenn aber eine Beschlußfähigkeit wider alles Erwarten an jedem Sitzungstage vorhanden wäre, so würden die Beratungen und Abstimmungen doch nicht weniger Zeit erfordern. Von welcher Seite man also auch die Sache betrachtet mag, sie bleibt unentschieden, der Zolltarif-entwurf ist, wie wir schon vor Monaten mitteilten, unrettbar verloren.

### Politische.

\* Der Kaiser hat an den Herrenmeister des Johanniter-Ordens, Arzhen Albrecht von Preußen, anlässlich der am 15. Oktober vor fünfzig Jahren erfolgten Wiederanführung der Valley Brandenburg ein Schreiben gerichtet, worin die Arbeit der Johanniter auf dem Gebiete der Krankenpflege und namentlich der Kriegskrankenpflege anerkannt wird, und an dessen Schluß es heißt:

„Und wie der ritterliche Geist bindender Liebe und der vorbildliche gottesfürchtige Wandel der Johanniter in der Bergengangszeit reiche und schöne Früchte erselbst haben, so hoffe und vertraue ich, daß die Kräfte Brandenburg unter dem Zeichen des Kreuzes, das als Symbol des Erlösungswortes unerschrocken Herrn und Heilandes die Welt überwunden hat, auch in Zukunft reichen Segen schenken und sich allezeit als eine feste Stütze für Thron und Altar erweisen werde in Kampfe nicht nur wider die Feinde der Menschheit, sondern auch wider den Unglauben und die Feinde der göttlichen und menschlichen Ordnung.“

Rechtliche Völligkeiten wurden dem Orden bei seiner Gründung anvertraut; nur handelte es sich damals um Bekämpfung der im 48er Jahre errangenen Freiheiten. Die politische Bedeutung der Ritterorden scheint aber einer mehr romantischen Zeit auszugehen.

\* Wenn die „Kreuzzeitg.“ in ihren Spalten sich und ihren Lebensmittelfreiverbindung aus besonders bevorzugten Vertretern der „öffentlichen Stittlichkeit“ preist, läßt man darüber und schweigt. Hält sie sich dazu noch für verpflichtet, sämtlichen vom Liberalismus mehr oder weniger entfernten Lebenskreisläufen vorzubringen, daß sie „es mit den Forderungen der öffentlichen Stittlichkeit nur insofern ernst nehmen, als diese Forderungen mit ihren vorläufigen oder vorzeitlichen Sonderinteressen, gleichviel welcher Art, nicht in Widerspruch gerathen“, so darf man sich in über die Dringlichkeit bei einem Organ, in welchem der Geist der Ehm, Würde, Demut immer noch lebendig ist, eigentlich nicht wundern. Nur erscheint es auffallend, daß das Wort gerade den jehigen Zeitpunkt für geeignet hält, derartige Unvorsorheiten auszusprechen. Man sieht aber, die Träger der „öffentlichen“ und der „privaten Stittlichkeit“ arbeiten immer noch beide nach demselben altbewährten Rezept, indem sie schreien: „Salut den Dieb!“

\* Die enghellige Ernennung des Dr. Engel an zum Oberpräsidenten von Hannover soll sich nach einer Mitteilung der „Vorläufer“ verzeichnen und zwar in einer Weise, die die Frage nahelegt, ob sie zu Haupt vollzogen werde.

### Wirtschaftspolitische.

\* Ein Dvll der für das Etatsjahr 1903 in Aussicht genommenen Betriebsmittel soll leicht werden bezogen und damit eine fortwährende Beschäftigung der Fabrikanten, die bis Ende März n. 3. mit Aufträgen der preussischen Staatsbahnverwaltung befeht sind, gesichert werden. Die Eisenbahn-Direktion Berlin hat Antrag zur Ausdehnung auf die Lieferung von 416 200 000 000 in verchiedener Gattung erhalten; Antrag zur Beschaffung von Weizen, Gerste und Getreidewagen soll auch demnächst erteilt werden. Wie groß die Gesamtmenge der in dem Etatsvertrug 1903 vorzulegenden Betriebsmittel sein wird, hängt von dem Ausfall der Verhandlungen ab, die für die Aufstellung des Etats zwischen den beteiligten Ministern bekanntlich in jedem Herbst stattfinden.

### Stärke und Saute.

\* Die Einführung der neuen Reichsweibung wird durch das preussische Kultusministerium nunmehr mit Beginn





